

348/A(E) XXI.GP
Eingelangt am: 6.12.2000

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten DDr. Erwin Niederwieser, Mag. Gisela Wurm, Reheis
und Genossinnen
betreffend den schienenseitigen Ausbau der Brennerachse

In den vergangenen Wochen wurden vom früheren Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie, Dipl. Ing. Michael Schmid, wiederholt der Weiterbau der neuen Bahntrasse durch das Unterinntal in Frage gestellt.

In einem Gespräch mit den Klubobleuten der Landtagsfraktionen des Tiroler Landtages hat Minister Schmid unmissverständlich erklärt, ein Weiterbau dieses Projektes käme für ihn nicht in Frage.

Dieses In Frage Stellen von Projekten steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der aktuellen Budgetpolitik der Bundesregierung, da Privatisierungserlöse nur zu einem geringen Teil die Finanzierung von künftiger Infrastruktur oder Forschung sondern vor allem für die Schuldentrückzahlung oder neue Wahlgeschenke (Stichwort „Kinderscheck“) verwendet werden sollen.

Im Memorandum zum Ausbau der Brennerachse vom Mai 1994 haben sich Mitglieder der Österreichischen Bundesregierung und der Tiroler Landesregierung dafür ausgesprochen, dass die Realisierung der „Neuen Unterinntalbahn“ rasch vorangetrieben wird.

Österreich hat sich im Transitvertrag und in der Folge im Transitkapitel des EU Beitrittsvertrages zum Ausbau der Brennerachse ebenso verpflichtet wie Deutschland und Italien zum Ausbau der Zulaufstrecken. Nach allen aktuell vorliegenden Informationen werden diese Zusagen von den Partnern eingehalten.

Österreich ist dafür eingetreten, dass die Brennerachse als Teil der Transeuropäischen Netze anerkannt wird.

Erst in den letzten Tagen wurde von der Kommission auch anerkannt, dass eine Querfinanzierung von der Strasse zur umweltfreundlichen Bahn möglich ist. Damit wurde auch ein Weg aufgezeigt, wie auf dem Verhandlungswege erreicht werden könnte, dass die höhere Nachtmaut für LKWs auf der Brennerautobahn beibehalten werden kann.

Unbestritten ist, dass nach allen vorliegenden Expertisen und Verkehrsprognosen eine Verlagerung des zusätzlichen Verkehrs von der Strasse auf die Schiene nur möglich ist, wenn die bestehende Bahnkapazität ausgeweitet wird. Dass dies rechtzeitig geschehen muss und

nicht erst dann, wenn die Grenzen überschritten sind, versteht sich angesichts der erforderlichen Planungs - Genehmigungs - und Bauzeiten von an die zehn Jahre von selbst.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher nachstehenden

Entschliessungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie wird ersucht,

- die im Memorandum zum Ausbau der Brennerachse gemachten Vereinbarungen einzuhalten und die bis zur Baureife gediehenen Ausbaupläne für die Unterinntalbahn umgehend und ohne Verzögerung zu realisieren,
- mit den zuständigen Stellen der Europäischen Union und in bilateralen Verhandlungen sicherzustellen, dass „Überlinge“ der Brennermaut für den Ausbau der Bahn verwendet werden können und
- die Einhaltung der von den anderen Mitgliedsländern im Rahmen des Transitkapitels zugesagten Massnahmen und insbesondere die Vereinbarungen seitens Deutschland und Italiens zur Realisierung der Zulaufstrecken der Unterinntaltrasse einzufordern.

Zuweisungsvorschlag: Verkehrsausschuss